

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insektionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

Nr. 76.

Dienstag, den 30. Juni

1903.

Wegen Reinigung der Geschäftsräume werden
Freitag und Sonnabend, den 3. und 4. Juli dieses Jahres
nur **dringliche** Sachen erledigt.
Schwarzenberg, am 24. Juni 1903.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. A.: Dr. Jani, Bezirkskassator.

Beihilfen für Volksbibliotheken betreffend.

Diejenigen Gemeinden des Bezirkes, welche zur Begründung oder Erweiterung einer Volksbibliothek für das laufende Jahr eine Beihilfe erbitten wollen, haben ihre Gesuche unter Verwendung des vorgeschriebenen Formulars — No. 220 des Formular-Magazins von E. Maudisch in Freiberg — längstens
bis zum 10. Juli dieses Jahres

hier einzureichen.

Der neue Reichstag

zeigt im großen und ganzen dasselbe Gesicht wie der alte. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die einen größeren Zuwachs erhalten hat. Die Konservativen, die Nationalliberalen und das Centrum haben ungefähr ihren Besitzstand behauptet, die freisinnigen Parteien rund ein Drittel ihrer Mandate eingebüßt. Der von der Sozialdemokratie nach der Hauptwahl angestimmte Jubel ist durch den Ausfall der Stichwahlen wesentlich gedämpft worden. Nur den fünften Teil der Mandate, um die sie zur engern Wahl stand, hat sie errungen. Die Reichshauptstadt sollte — so hatten die „Genossen“ ausposaunt — zur sozialdemokratischen Hochburg werden. Diese Absicht ist dank der Einmütigkeit der staatsbehaltenden Parteien gescheitert.

Ueberhaupt haben sowohl die konservativen Parteien wie die nationalen Elemente des Liberalismus ihre vaterländische Pflicht in der Stichwahl durchaus erfüllt. Sie sind für den Kandidaten der freisinnigen Vereinigung und der beiden Volksparteien eingetreten, wo immer ein Sieg durch die Sozialdemokratie bedroht war, und sie haben auch dem Centrum bereitwillig Wahlfürsorge geleistet. Die Anhänger der freisinnigen Vereinigung haben diese Unterstützung schlecht gelohnt. In den meisten Fällen haben sie bei den Stichwahlen, wo ein Konservativer oder ein Nationalliberal gegen einen Sozialdemokraten zu kämpfen hatte, diesen dem nationalen Kandidaten vorgezogen und durch ihr unpatriotisches Verhalten den Sieg der Sozialdemokratie verschuldet. Eine festsitzende Fügung ist es, daß der Führer der freisinnigen Vereinigung Dr. Barth, der besonders eifrig die Sozialdemokratie dem Centrum und der Rechten gegenüber für das kleinere Uebel erklärt hatte, in der Stichwahl durch dieses „kleinere Uebel“ aus dem Wahlkreise Kolberg-Röbelin mit verdrängt worden ist.

Auch das Centrum hat einige unangenehme Erfahrungen gemacht. Besonders schmerzlich muß es ihm sein, daß es in Obereschlesien zwei Mandate an die Polen abgeben mußte, wobei einer seiner Führer, Letocha, unterlag. Man darf gespannt sein, ob sich das Centrum trotzdem, wie bisher, auch in Zukunft in den Ostmarken der „bedrängten Polen“ annehmen wird. Daß diese einen beträchtlichen Zuwachs an Stimmen erhalten haben, ist eine unerfreuliche Erscheinung, umso erfreulicher ist es, daß in Ost- und Westpreußen die Protestler nicht mehr zu Wort kommen, sondern daß sich der Uebergang zum Deutschtum, wenn auch in verschiedenen Formen, immer deutlicher vollzieht.

Wie gesagt, ist in der Zusammensetzung des Reichstages keine wesentliche Aenderung eingetreten, die den Gang der Reichspolitik beeinflussen könnte. Die oppositionelle Linke bleibt auch im neuen Reichstage eine Minorität, selbst wenn sie insgesamt um ein Duzend Mitglieder gewachsen und das Uebergewicht der Sozialdemokratie in der Opposition noch stärker geworden ist, als früher. Das Entscheidende ist, daß die sogenannten Mehrheitsparteien, wie sie der Kardorffsche Kompromiß- Antrag und der Zolltarif zusammengeschlossen hatte, die beiden konservativen Fraktionen, die Nationalliberalen und das Centrum, mit den zu diesen Parteien gehörenden Gruppen und Wänden, in einer Stärke wiederkehren, die das seitherige Machtverhältnis nicht ändert. Die verbündeten Regierungen werden im neuen Reichstage mit denselben Faktoren zu rechnen haben, wie im alten; für die neuen Handelsverträge steht die Mehrheit abermals zur Verfügung, die die Obstruktion bewältigt und den Zolltarif zustande gebracht hat. Auch die Aussichten der neuen Militär-Vorlage, über die schon in der nächsten Reichstags-Sitzung verhandelt und beschlossen werden wird, haben keinen Wechsel erfahren.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Zunahme der sozialdemokratischen Mandate bei den Reichstagswahlen ist zweifellos kein Zufall. Bei einer Prüfung wird man finden, daß mehrere Umstände die Erfolge der Umstürzpartei bewirkt haben. Zunächst sind die staatsbehaltenden Parteien selbst nicht frei von Schuld. Statt sich von vornherein gegen die Sozialdemokratie, als den gemeinsamen Feind, zusammenzuschließen, wie es die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ befürwortet hatte, suchten sie sich gegenseitig den Boden abzugraben. Noch mehr

als diese Unterlassungssünde hat das Verhalten vieler Liberalen zur Stärkung der Sozialdemokratie beigetragen. In der Hauptwahl hatten die Sozialdemokraten noch nicht ihren früheren Besitzstand erreicht; es wäre also möglich gewesen, weitere Erfolge zu verhüten, wenn sich alle auf dem Boden der bestehenden Ordnung in Staat und Kirche stehenden Wähler geeinigt hätten. Die konservativen Blätter erklärten das auch für eine selbstverständliche Pflicht dem Vaterlande gegenüber, und auch von berufener nationalliberaler Seite kam die Mahnung, nunmehr allen Reid und Streit zu vergessen und aus der Stichwahl möglichst viele Gegner der Sozialdemokratie herauszuholen. Aber schon in dem linken Flügel der nationalliberalen Partei schloß das Verständnis für die offizielle Wahlparole. An Stelle der Losung: „Das Vaterland, nicht die Partei!“ erklang es: „Wählt den Vaterlandsfeind, auf keinen Fall den Partei-Gegner!“ Und je weiter man nach links schaut, in die Reihen des Freisinn und der bürgerlichen Demokratie hinein, umso lauter erkörnte dieser Ruf, umso entschiedener wurde die Devise vom kleineren Uebel empfohlen, als das immer der Sozialdemokrat hingestellt wurde, wenn dieser einem Konservativen gegenüberstand. Daß schließlich die Sozialdemokraten ihrer maßlosen Wählererei manchen Erfolg verdanken, liegt in der Natur der Sache. Die Verunglimpfung ihrer Gegner und die Vorpiegelung falscher Tatsachen gehören ja seit Anfang an zu ihren beliebtesten Agitations-Mitteln. Bei diesen Wahlen aber haben die Sozialdemokraten ihren Rekord geschlagen. Dafür nur wenige Beispiele. In einem sozialdemokratischen Wahl-Kreuz für Kalbe-Mehreleben hieß es: „Schmach und Schande dem, der sich an der Reinkheit veründigt und einem Ranne wie dem Major Blade seine Stimme gibt.“ Um die Landarbeiter zu gewinnen, wurde kein Mittel gescheut. In einem Dorfe des Kreises Marienburg erklärten die Arbeiter, für den Sozialdemokraten Bartel stimmen zu müssen, da sie, wie der Zettelverteiler ihnen ausdrücklich gesagt habe, in diesem Falle vom Kaiser jeder zu Neujahr fünf Morgen Land und eine Kuh erhielten; so wolle es der Kaiser! Ausprüche von hohen Beamten hat die Sozialdemokratie einfach gefälscht. Ein Aufruf an die Eisenbahnarbeiter trug die Ueberschrift: „Wählt sozialdemokratisch! Bubde will es!“ Und dem Staatssekretär Grafen Potjomsky wurde wahrheitswidrig der Ausdruck in den Mund gelegt: „Die Arbeiter wahren ihr gutes Recht einzig und allein dadurch, daß sie sozialdemokratisch wählen! Einen alles übersteigenden Betrug aber hat die Sozialdemokratie dadurch begangen, daß sie — wie in Berlin festgestellt ist — in einem dortigen Wahlkreise für Abwohrende und Tote sozialdemokratische Wahlzettel hat abgeben lassen. Aus der Provinz werden ähnliche Schwindelereien angemeldet. Bei einem solchen Uebermaß von Wahlstücken, darf man sich über die sozialdemokratischen Erfolge nicht wundern.

— Berlin, 26. Juni. Ueber unerhörte sozialdemokratische Verträge berichten bei den Reichstagswahlen berichtet die „Post“: Daß die Sozialdemokratie durch direkte betrügerische Manipulationen ihrem Stimmenzuwachs aushilft, ist schon wiederholt auf Grund verdächtiger Wahrnehmungen vermutet worden, aber der klare Nachweis wurde bisher noch nicht geführt. Jetzt ist es gelungen, in zahlreichen Fällen den alles Erdentliche übersteigenden dreifachen Betrug klar nachzuweisen. Die Sozialdemokratie, welche weber Schranken des Gesetzes noch der Moral kennt, wenn es sich um die rückständige Verfolgung ihrer Parteinteressen handelt, hat es verstanden, in Berlin — und jedenfalls auch an zahlreichen anderen Orten im Reiche, wo sie fest organisiert ist — sowohl Abwesende wie Tote an die Wahlurne zu bringen, um sie dort für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmen zu lassen. Am Stichwahltag veröffentlichte der „Vorwärts“ ein schwülziges Gedicht, in welchem die Märzgefallenen aus ihren Gräbern zitiert wurden, um sich des „roten“ Sieges zu freuen. Bei dieser poetischen Zitterung der Geister Verstorbener ist es nicht geblieben, auf sozialdemokratischen Gebot sind auch in der Wirklichkeit erst kürzlich verstorbene Tote, die noch in den Wahllisten standen, aus den Gräbern heraufbeschworen, um als „Genossen“ an die Urne zu treten. Den großen sozialdemokratischen Wahlschwindel aufzudecken, ist an der Hand von Drucksachen-Vergleichungen an die Wähler, und zwar im 2. Berliner Wahlkreise, möglich geworden. Diese Vergleichen sind in diesem Jahre zum ersten Male durch

Später eingehende Gesuche können nicht berücksichtigt werden.
Schwarzenberg, am 23. Juni 1903.

Königliche Amtshauptmannschaft.
J. A.: Dr. Jani, Bezirkskassator.

788 B.

Sch.

Vormusterung der Pferde und Fahrzeuge.

Wittwoch, den 1. Juli 1903 vormittag.

- 1) Ort der Vormusterung: Wildenthaler Staatsstraße vom Dörfelschen Sägewerke ab nach Wildenthal zu.
 - 2) Beginn der Aufstellung von Pferden u. Fahrzeugen: vormittag 9 Uhr.
- Auf die Bekanntmachung des Stadtrates vom 10. Juni 1903 über die Pferde- und Fahrzeugvormusterung wird nochmals hingewiesen.
Stadtrat Eibenstock, am 28. Juni 1903.
Hesse. Müller.

die Post erfolgt. Von den verschickten Briefen an die 81 000 Wähler des 2. Berliner Wahlkreises sind etwa 5000 als unbestellbar zurückgekommen mit Bemerkungen wie: „Adressat verstorben, A. unbekannt verzogen, B. verzogen nach (Angabe des Ortes)“. Von diesen 5000 verzogenen oder verstorbenen Adressaten haben aber nichtdestoweniger rund 1000 gewählt! Unter diesen Wählern befindet sich z. B. der seit längerer Zeit in Swinemünde weilende Kaufmann Hoefcher, auf dessen Namen am 16. Juni gewählt worden ist, obgleich Hoefcher am Wahltag gar nicht in Berlin gewohnt hat, ferner der Chemiker Auerbach, welcher seit vier Wochen in der Ratsapotheke in Thorn tätig ist, auf dessen Namen aber ebenfalls am 16. Juni gewählt worden ist. Höchst merkwürdig ist es, daß im Hause Blücherstraße 67 sieben Wahlberechtigte verzogen waren, unbekannt wohin, und daß diese sieben dennoch sämtlich gewählt haben. Im 95. Bezirke ereignete sich der wunderbare Fall, daß auch ein Wähler sein Wahlrecht ausgeübt hat, obgleich er im Gefängnisse zu Tegel saß.

— Zum Handelsvertrage mit Oesterreich-Ungarn muß leider berichtet werden, daß noch garnicht abgesehen ist, wann mit dem für uns so wichtigen Nachbarstaate in Vertragsverhandlungen eingetreten werden kann. Oesterreich-Ungarn hat bekanntlich seinen Zolltarif noch nicht fertig, und es scheint angesichts der parlamentarischen Wirren in beiden Reichshälften, als sollte auch im Herbst der neue Zolltarif nicht vorliegen. Beschlässe, was bei dieser Sachlage im Interesse des Reiches geschehen soll, haben die Bundesregierungen noch nicht gefaßt; es kann daher auch noch nicht gesagt werden, ob der alte Vertrag zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn am 31. Dezember gekündigt werden oder weiterlaufen wird. Im Interesse der sächsischen Industrie wie der schlesischen und im Interesse der österreichischen und ungarischen Landwirtschaft wäre aber zu wünschen, daß man sich in den Parlamenten des Nachbarreiches endlich zu ernster Arbeit entschliesse.

— Oesterreich-Ungarn. Wie nunmehr bestimmt verlautet, trifft Kaiser Wilhelm in Wien am 18. September zu einem zwei- oder dreitägigen Besuche ein.

— Serbien. König Peter I. hat sein Regierungsprogramm in einer Proklamation niedergelegt, die am Donnerstag unter der Ueberschrift „Meinem teuern Volk“ erlassen worden ist. Von einer Bestrafung der Königsmörder, wie sie Oesterreich und Rußland verlangt haben, ist in der Proklamation keine Rede. König Peter will vielmehr „die Vergangenheit der Vergangenheit überlassen und es der Geschichte überlassen, jeden nach seinen Taten zu richten“. An das serbische Heer erließ König Peter einen Armeebefehl. Wie Rußland und Oesterreich-Ungarn, so ist auch den übrigen Mächten König Peters Thronbesteigung amtlich mitgeteilt worden. Kaiser Wilhelm hat als erster in einem Telegramm geantwortet.

— Afrika. Aus dem Somaliland ist die beruhigende Nachricht eingetroffen, daß die zurückgehenden Kolonnen des Generals Manning und der Obersten Cobbe, ohne weiter vom Mullah belästigt zu werden, am 21. Juni in Damot eintrafen. Von dort werden die englischen Truppen unter Mannings Führung ihren Rückzug auf Boshole fortsetzen. Sämtliche englische Truppen haben damit das italienische Gebiet verlassen. Aus dem abessinischen Lager bei Big Jigga kommt die Nachricht, daß man dort mit der englischen Kriegführung unzufrieden ist. Ras Makonnen schickte auf den ausdrücklichen Wunsch des Generals Manning eine Abteilung von 3000 Mann am 12. Juni nach Milmil vor, wo sie auch am 15. Juni eintraf. Die Abessinier hatten natürlich erwartet, daß General Manning mit dieser Abteilung gemeinschaftlich operieren werde und waren ungehalten, als sie die Entdeckung machten, daß die Engländer mittlerweile ihre Pläne geändert und den Rückzug angetreten hatten.

— Dschibuti, 27. Juni. (Melbung der „Agence Havas“.) Der Mullah hat fünf Posten zwischen Durao und Boshole vernichtet; 39 englische Offiziere sind gefallen, 2000 eingeborene Soldaten wurden gefangen genommen.

Im Gegenzug zu vorstehender Meldung besagt eine Nachricht aus London, 27. Juni. Das Reutersche Bureau ist amtlich ermächtigt, die Pariser Meldungen von einer Niederlage der Engländer im Somaliland zu widerlegen. Das Kriegsamte habe eine aus Boshole vom 26. Juni datierte Depesche von